

Bund gibt Geld für Bauprojekt

13,5 Millionen Euro fließen nach Überlingen und Stuttgart – und auch ins Bürgerhospital-Areal.

Den Städten Stuttgart und Überlingen sind vom Bund jetzt Zuschüsse in Höhe von rund 13,5 Millionen Euro zugesagt worden – und damit auch ihren Projektpartnern wie Stadtwerken und Wohnungsbaugesellschaften. Die Gelder fließen für das gemeinsame Forschungsprojekt „Stadtquartier 2050“ der beiden Städte. Sie entstammen der übergreifenden Förderinitiative „Solares Bauen/Energieeffiziente Stadt“ der Bundesministerien für Bildung und Forschung sowie für Wirtschaft und Energie.



Diese Bebauung ist beim früheren Bürgerhospital geplant. Visualisierung: Pesch-Partner

Sie finanzieren damit ein „Leuchtturmprojekt“ mit. Es geht darum, zunächst einzelne Stadtquartiere und letzten Endes auch ganze Städte klimaneutral zu gestalten, so dass sie unter dem Strich keinen Ausstoß von Klimagasen verursachen, die Preise fürs Wohnen aber dennoch in einem bezahlbaren Rahmen bleiben.

2018 taten sich die beiden Städte auf Anregung der Fraunhofer-Gesellschaft zusammen. Ihre Ziele, die sie in zwei Vierteln mit insgesamt 960 Wohnungen umsetzen wollen, ergänzen sich: Stuttgart strebt auf dem früheren Areal des Bürgerhospitals klimaneutrales Wohnen in hochverdichteten Bauformen mit hoch effizienter Energieerzeugung an. In Überlingen geht es um 170 Wohnungen am Stadtrand und stärker um den Aspekt Wärmeschutz.

Die Gelder sollen sowohl für ausgefeilte Energiekonzepte und wissenschaftliche Begleitmaßnahmen eingesetzt werden wie auch für Baumaßnahmen, die über den gesetzlichen Standard hinausgehen, sagt Jürgen Görres, Energieexperte der Stadtverwaltung. Ein Beispiel: Geothermie. Das Areal in Stuttgart-Nord soll etwa 2035 ganz aufgesiedelt sein. Görres schätzt, dass im Förderzeitraum, der vielleicht bis 2025 ausgedehnt werde, zwei Abschnitte realisiert werden: die Sanierung von Altbau 2 und ein neues Baufeld. jos

Pflegende Eltern fühlen sich allein gelassen

Gesundheitsminister Jens Spahn will im Rahmen der Pflegereform die sogenannte Verhinderungspflege neu regeln. Weil das auch in der Region drastische Folgen für Eltern von Kindern mit einer Behinderung hätte, laufen die Betroffenen dagegen Sturm. Von Kai Holoch

Wer sich das ausgedacht hat, hat überhaupt keine Ahnung davon, wie unsere Lebenswirklichkeit aussieht.“ Sabine Blaschke, Mutter von Felix, versteht die Welt nicht mehr. Vor zehn Jahren ist ihr Sohn mit einer Behinderung zur Welt gekommen. Seither versucht die 43-Jährige aus Hochdorf (Kreis Esslingen), Beruf, Haushalt, Ehe und die Pflege des Sohns unter einen Hut zu bringen – und zugleich ein „normales“ Familienleben zu organisieren. Schließlich fordert auch der zwölfjährige Bruder von Felix Aufmerksamkeit ein. Sabine Blaschke: „Es ist ein täglicher Kampf, damit man mit allem zurechtkommt. Und dennoch habe ich immer das Gefühl, nicht jedem und allem gerecht werden zu können.“

Ein bisschen hilft der Staat schon, damit Eltern von Kindern mit Behinderungen, aber auch Kinder, die ihre Eltern pflegen, diesen Kampf bestehen können. Ein wichtiges Instrument dabei ist bisher die Verhinderungspflege. Sie ermöglicht es Sabine Blaschke – wie allen Betroffenen –, einen Betreuungserersatz zu finanzieren, wenn sie einmal wegen Krankheit, Urlaub oder weil sie kurzfristig wichtige Behördengänge erledigen muss, nicht auf Felix aufpassen kann. Da können dann auch einmal Familienangehörige oder Nachbarn einspringen – und dafür entlohnt werden.

Doch nun will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) diese Möglichkeiten erheblich einschränken. Das zumindest sieht unter anderem der Arbeitsentwurf des Pflegereformgesetzes vor, gegen den sich nun Widerstand in den Fachverbänden für Menschen mit Behinderung und bei betroffenen Eltern regt.

Für die Verhinderungspflege stehen den pflegenden Angehörigen aktuell jährlich 1612 Euro zur Verfügung. Dieser Betrag kann aus Mitteln der Kurzzeitpflege auf insgesamt 2418 Euro aufgestockt werden. Anders als die Kurzzeitpflege, die nur in dazu geschaffenen Einrichtungen in Anspruch genommen werden darf, ist die Verhinderungspflege sehr flexibel einsetzbar: Hier können auch nicht erwerbsmäßig pflegende Personen eingesetzt werden wie Angehörige, Nachbarn oder familienunterstützende Dienste. Die Verhinderungspflege können Pflegende mehrere Wochen am Stück, aber auch tage- oder stundenweise nutzen.

„Kommt die neue Regelung, ist das ein Schlag ins Gesicht für Eltern behinderter Kinder.“

Helga Kiel, Bundesverband behinderter Menschen



Sabine Blaschke und ihr zehnjähriger Sohn Felix hoffen, dass die Online-Petition zu einer Überarbeitung der Pläne des Gesundheitsministeriums führt. Foto: privat

„Aufgrund ihrer flexiblen Einsatzmöglichkeit ist die Verhinderungspflege die wichtigste Entlastungsleistung in der Pflegeversicherung für Familien mit behinderten Kindern“, betont Ursula Hofmann. Die Esslinger Stadträtin und Vorsitzende des Vereins Rückenwind ist selbst Mutter eines mehrfach schwerstbehinderten Kindes und kennt die Probleme: „Die Familien laufen am Limit. Doch für den Bundesgesundheitsminister sind wir nur billige Arbeitskräfte.“

Deren Möglichkeiten, kurzfristigen Ersatz zu besorgen, sollen nun noch weiter eingeschränkt werden. Weil Jens Spahn die Pflege professionalisieren will, sollen die Mittel für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege zwar auf 3300 Euro erhöht werden. Von diesem Betrag sollen vom 1. Juli 2022 an aber nur noch 40 Prozent, also 1320 Euro, für Leistungen der stundenweisen Verhinderungspflege eingesetzt werden dürfen.

„Kommt es so, ist das ein Schlag ins Gesicht für Eltern behinderter Kinder“, sagt Helga Kiel, die Vorsitzende des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen. Kiel: „Im Ergebnis würden durch die Regelung die Mittel für die flexible Einsetzbarkeit der Verhinderungspflege um fast 50 Prozent gekürzt.“

Dabei reicht der staatliche Zuschuss schon jetzt längst nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken: „Für eine Woche Ferienbetreuung für meinen 13-jährigen behinderten Sohn Noah zahle ich

ONLINE-PETITION GESTARTET

Aufruf „Keine Einschränkung der Flexibilität von Verhinderungspflege durch die Pflegereform 2021“: Unter diesem Slogan versucht eine Online-Petition zu verhindern, dass die Pläne des Ministeriums zur Verhinderungspflege umgesetzt werden. Wer die Petition unterstützen will, findet diese unter www.openpetition.de/pflegereform. Bisher haben rund 33 000 Menschen unterzeichnet.

Quorum Open Petition gibt für die Online-Petitionen vor, wie viele Unterschriften benötigt werden, damit Open Petition von den Entscheidungsträgern eine Stellungnahme einfordert. Erreicht man innerhalb einer bestimmten Zeit eine bestimmte Anzahl an Unterschriften, erhalten die Antragsteller in der Regel eine öffentliche Anhörung. In diesem Fall müssen bis Ende April 50 000 Unterschriften zusammenkommen.

Pflegereform Ein Ziel ist eine angemessene Bezahlung des Pflegepersonals. Künftig sollen Kassen nur dann Leistungen mit Pflegediensten und Pflegeheimen abrechnen können, wenn diese ihr Personal nach Tarif oder tarifähnlich bezahlen. Zugleich soll der Eigenanteil der Pflegebedürftigen gedeckelt werden. hol

450 Euro plus Hygieneartikel“, rechnet die Göppingerin Andrea Brennenstuhl vor. Zwei Wochen Feriencamp für den zehnjährigen Bruder schlagen hingegen lediglich mit 165 Euro zu Buche. Wenn man bedenke, dass Kinder 14 Wochen Ferien haben, realistisch betrachtet von den Eltern aber nur vier bis sechs Wochen Betreuung abgedeckt werden könnten, werde deutlich, wie knapp die Zuschüsse schon heute seien. Besonders ärgerlich sei, dass das Angebot an Kurzzeitbetreuungsplätzen für behinderte Kinder bundesweit und auch in der Region Stuttgart bei Weitem nicht ausreiche, um die Nachfrage decken zu können. „Wir haben also gar keine Möglichkeit, unsere Kinder betreuen zu lassen, und werden mit der neuen Regelung doppelt bestraft“, sagt Andrea Brennenstuhl.

Das bestätigt auch die Stuttgarterin Doreen Krüger, die sich seit 13 Jahren um ihren Sohn kümmert: „Wenn ich bei der Diakonie einen Betreuungsplatz will, muss ich das ein Jahr im Voraus planen. Mit Flexibilität hat das nichts zu tun.“ Immerhin gibt es in Stuttgart überhaupt ein paar Kurzzeitplätze der Caritas und der Diakonie Stetten. Rund um Esslingen und Göppingen ist das nicht der Fall. Ursula Hofmann weicht deshalb gelegentlich bis nach Ulm aus, um einen Kurzzeitbetreuungsplatz zu bekommen.

Die Frage, ob das Gesundheitsministerium bereit ist, die Einwände der Betroffenen zu berücksichtigen, wird in Berlin ausweichend beantwortet, allerdings auch nicht komplett ablehnend. Auf eine Anfrage unserer Zeitung heißt es: „Es ist erklärtes Ziel, Pflegekräfte besser zu bezahlen, ohne Pflegebedürftige zu überlasten. Dazu hat der Bundesgesundheitsminister bereits Eckpunkte vorgelegt. Der Referentenentwurf für eine Pflegereform wird aktuell noch regierungsintern beraten.“

BUND will Provisorium

Für den Radschnellweg nach Fellbach soll im Sommer eine Spur auf der Nürnberger Straße eingerichtet werden. Von Thomas Braun

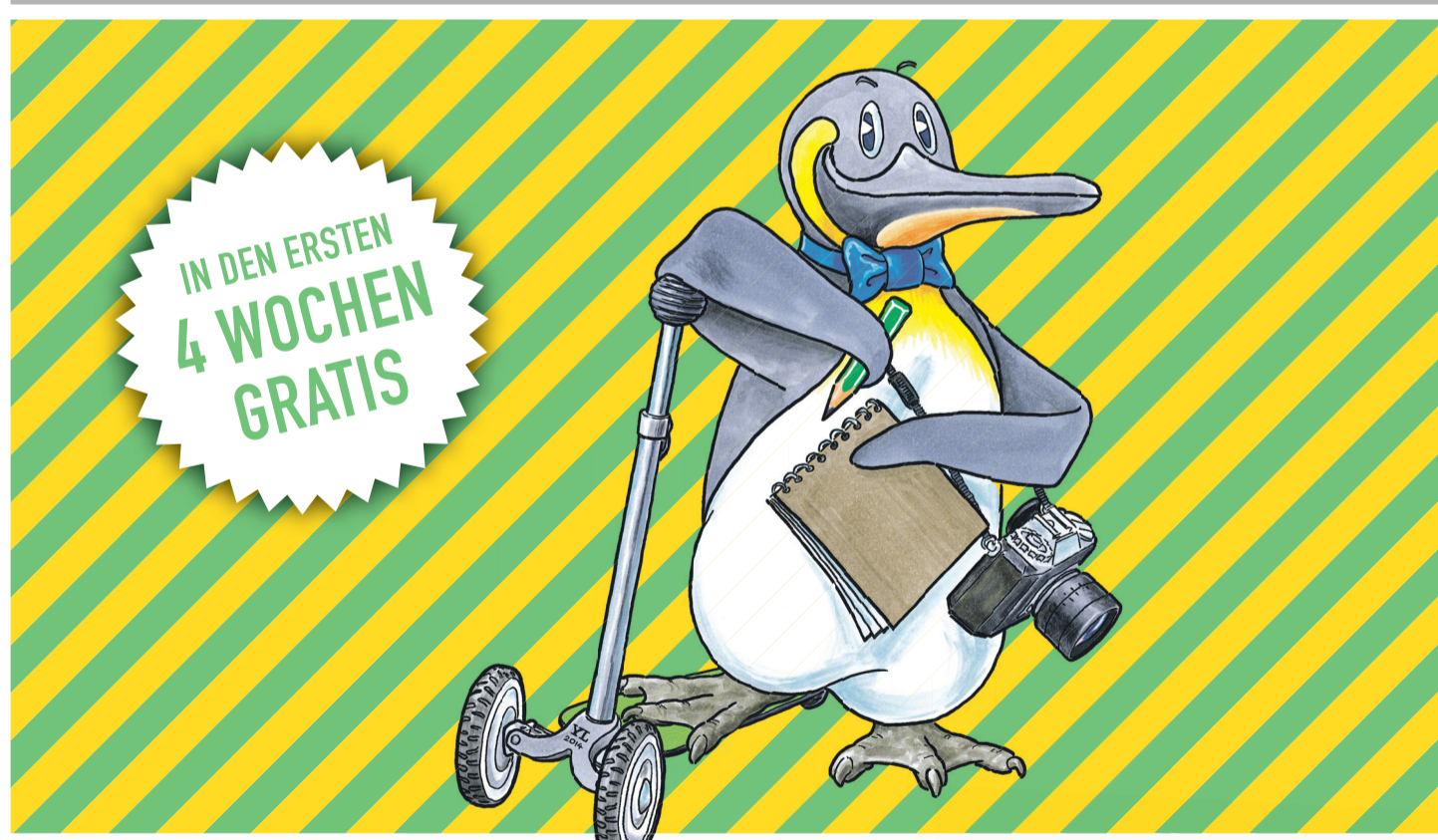
Im Streit um die Realisierung des Radschnellwegs zwischen Stuttgart und Fellbach drängt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Stuttgart auf eine zügige Entscheidung. Wie berichtet, ist eine Mehrheit für die Pläne der Stadt unsicher: Bisher haben nur Grüne, SPD und die PULS-Fraktionsgemeinschaft Zustimmung signalisiert, das Linksbündnis will höhere Standards durchsetzen und die bürgerlichen Ratsfraktionen – angeführt von der CDU – sowie die AfD lehnen den Rückbau der Nürnberger Straße zugunsten des Rad-Highways als ideologisch motiviert ab.

Der BUND stärkt nun dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) den Rücken: Dessen Sprecher Frank Zühlke hatte in der jüngsten Sitzung des Unterausschusses Mobilität einen Pop-Up-Radstreifen ins Spiel gebracht, der bis zur Einigung über die endgültige Ausführung des Radschnellwegs als Provisorium dienen soll. „Der BUND lehnt eine Grundsatzdiskussion auf dem Rücken der Radfahrer ab, die bereits heute die Nürnberger Straße nutzen“, erklärte die BUND-Kreisverbandsvorsitzende Clarissa Seitz. Es liege auch im Interesse der Anwohner, die ein Recht auf baldigen Lärmschutz

und Unterbinden des Rasens auf der zweispurigen Straße hätten, dass der Pop-Up-Radstreifen zügig umgesetzt werde.

Nach Auffassung des BUND sollte der Gemeinderat die nach den Osterferien anstehende Entscheidung so modifizieren, dass das Provisorium spätestens während der Sommerferien eingerichtet werden kann. Über die abschließende Planung auf dem Abschnitt zwischen der Remstalstraße und der Normannenstraße, die auch von anderen Radfahrverbänden als unzureichend kritisiert wurde, könne zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit dem endgültigen Baubeschluss entschieden werden. Zugleich spricht sich der örtliche BUND auch für die Einrichtung einer geplanten Schnellbuslinie aus dem Rems-Murr-Kreis nach Stuttgart aus.

Gegen dieses Vorhaben hatten vor allem CDU und FDP im Rat Bedenken angemeldet, weil eine solche Buslinie nach ihrer Ansicht nach eine unnötige Konkurrenz zur S-Bahn darstelle. Für den BUND gehört auch eine weitere Zufussdossierung des Autoverkehrs durch die Pfortnerampel an der Gemarkungsgrenze nach Fellbach zum Gesamtpaket, um den Vorrang von Bus und Rad auf der Route zu unterstreichen.



SCHENKEN SIE IHREM (ENKEL-)KIND
LESESPASS! MIT EINEM ABO
DER STUTTGARTER KINDERZEITUNG!

Die Stuttgarter Kinderzeitung ist im Abo erhältlich, erscheint immer freitags und richtet sich an Kinder zwischen 6 und 12 Jahren. Neben altersgerecht aufbereiteten Informationen bietet die Zeitung auch Rätsel, Poster und Mitmach-Aktionen. Das Abo kostet 9,90 €/Monat für Abonnenten der Stuttgarter Zeitung und 11,90 €/Monat für Nicht-Abonnenten. In den ersten vier Wochen ist die Lieferung gratis. Einfach bestellen unter 0711-7205 6161 oder:

www.stuttgarter-kinderzeitung.de

